

DEUTSCHE ASYLPOLITIK: Herr Nuri muss raus

(Zeit online, Torben Becker)

Für die Hunderttausenden Geflüchteten aus der Ukraine braucht es Platz in Deutschland. Warum muss den ausgerechnet Mahmoud Nuri schaffen, eine afghanische Ortskraft?

Als die Reisebusse vor dem grünen Gittertor parken, bricht unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Ibbenbüren Hektik aus. Niemand weiß so recht, warum und woher die Busse an diesem 11. März gekommen sind. Eine Frau tritt auf den Platz bei den Wohncontainern, wo sich etwa 300 Asylsuchende versammeln sollten. Sie hebt ein Megafon und ruft auf Englisch: "Sie werden in einer anderen Unterkunft untergebracht." Ungläubige Blicke, angespanntes Getuschel in der Menge habe es gegeben, erzählt ein Mann, der auch dort stand, und in diesem Text Mahmoud Nuri, heißen soll. Dann verliest die Frau Namen von einer Liste. Knapp zwei Stunden hatten die genannten Personen Zeit, ihre Sachen zu packen und in die Busse zu steigen. Viele wohnten hier mehrere Monate, manche über ein Jahr.

Wer nicht auf der Liste stand, war am nächsten Tag dran, so auch Mahmoud Nuri. Er wohnte in der ZUE seit Oktober, nun sollte er plötzlich ausziehen. Ein Bus brachte ihn und seine Familie, die im vergangenen August aus Afghanistan flohen, dann in eine neue Unterkunft ins 50 Kilometer entfernte Münster.

Die zuständige Bezirksregierung entschied in den ersten Märzwochen, für die vielen Geflüchteten aus der Ukraine Platz zu schaffen. Dafür wurde nicht nur eine stillgelegte Einrichtung in Schöppingen wieder eröffnet und die Messehalle Münster zur Notunterkunft umfunktioniert, sondern auch Einrichtungen wie die ZUE Ibbenbüren "leergezogen". So nennen Bürokratinnen den angeordneten Auszug. In der ZUE Ibbenbüren wurden auf diese Weise 1.200 Plätze frei.

"Nennen wir es beim Namen, das war eine Räumung", sagt Heike Schrempf. Sie arbeitet im Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche, das in der ZUE Ibbenbüren die Bewohner bei Asylverfahren berät. In den letzten Monaten hat sie der Familie Nuri geholfen, Anträge geschrieben, Termine vereinbart, Dokumente übersetzt. Als die Busse das Gelände verlassen hatten, standen Autos einer Reinigungsfirma vor dem Tor, die die frei gewordenen Zimmer säuberten, erzählt sie.

Für die inzwischen mehr als 350.000 Menschen aus der Ukraine [braucht es Platz in Deutschland](#), das ist unstrittig. Aber weshalb müssen ihn ausgerechnet diejenigen schaffen, die schon jetzt besonders wenig davon haben?

Dass Ukrainerinnen und Geflüchtete anderer Länder überhaupt getrennt untergebracht werden, stößt bei Familie Nuri auf Unverständnis. Ganz offiziell regelt das das Aufenthaltsgesetz: Ukrainische Kriegsgeflüchtete bekommen nach Paragraph 24 ein Aufenthaltsrecht für bis zu drei Jahre ohne Asylverfahren, eine sofortige Arbeitserlaubnis und haben Anspruch auf Sozialleistungen und

Krankenversicherung. Das Engagement für die Ukrainer sei unbedingt lobenswert und richtig, aber allen Geflüchteten sollte die gleiche humanitäre Unterstützung zukommen, sagt Heike Schrempf. Auch Familie Nuri floh vor einem Krieg, nun musste sie überhastet ihre Unterkunft verlassen, ihre zwei Zimmer räumen und den Erstorientierungskurs, der sie auf den Alltag und die Gepflogenheiten in Deutschland vorbereitete, abbrechen.

Nuri hatte gehofft, schnell in Deutschland ankommen zu können.

Vier Wochen nach seinem Umzug sitzt Mahmoud Nuri, Anfang 30, akkurat gestutzter Bart, hellgraues Poloshirt und gepflegte Hände, am Hafen in Münster auf einer steinernen Bank, sein neuer Lieblingsort — raus aus dem 15-Quadratmeter-Zimmer, das er sich jetzt mit seinen fünf volljährigen Geschwistern und den Eltern teilen muss.

Mahmoud Nuri hatte gehofft, schnell in Deutschland ankommen zu können. Seine Reise steckt voller Erwartungen und Enttäuschungen. Er schlägt die Beine übereinander und erzählt mit leiser, fester Stimme auf Englisch seine Geschichte.

"Ich weiß, wie Krieg ist", sagt er. "Wir und viele andere Asylsuchende teilen den Schmerz der Ukrainer." Zehn Tage verharrten er und seine Familie im vergangenen August in Kabul in Angst. [Die Taliban hatten die Stadt eingenommen](#) und begannen, nach Landesverrätern zu suchen. Mahmoud Nuri ist für sie einer. Seit 2016 arbeitete er als Bauingenieur für Firmen, deren Partner die GIZ war, und half bei Reparaturen an der deutschen Botschaft nach einem Bombenanschlag. Nach dem Machtwechsel bekam er Drohanrufe von den Taliban. Ein deutscher Kollege sagte, die Familie solle versuchen in den Flughafen zu kommen. Erst nach mehreren Tagen, am 24. August, gelang es ihnen und sie bekamen Plätze in einer Evakuierungsmaschine.

Den Ukrainerinnen und Ukrainern macht Nuri keinen Vorwurf, aber den deutschen Behörden. Ortskräften wie ihm wurde im letzten Jahr ein schnelles und unbürokratisches Asyl versprochen, ähnlich wie jetzt den Menschen aus der Ukraine. Aber dann lief im Fall der Familie Nuri vieles schief.

Mahmoud Nuri wurde nicht als Ortskraft anerkannt, obwohl Heike Schrempf Beweise für seine Tätigkeiten in Kabul lieferte, sagt sie, und so mussten er und seine Familie schließlich ein normales Asylverfahren durchlaufen. So kam er nach Ibbenbüren.

Denn wer einen Asylantrag gestellt hat, ist in Deutschland verpflichtet, in einer landeseigenen Einrichtung zu wohnen, bis zu 18 Monate, in Nordrhein-Westfalen sogar bis zu zwei Jahre — eine lange Zeit voller Tatenlosigkeit. Denn solange man hier wohnt, darf man oft nicht arbeiten, kann erst verzögert zur Schule gehen oder studieren, und in Ibbenbüren nicht einmal eigenes Essen auf den Zimmern zubereiten. Das ist erst möglich, wenn die Menschen von der Landeseinrichtung in die Kommunen transferiert werden und in eine eigene Wohnung ziehen können.

Als Nuri am 12. März in die ZUE Münster gebracht wurde, kamen dort auch Menschen an, die er zuvor nie gesehen hatte — aus den Unterküften in Soest und Dorsten, auch sie mussten Platz machen. Schnell gelangte ihre neue Einrichtung an ihre Kapazitätsgrenze.

Vor Kriegsausbruch wohnten hier 686 Menschen, nun sind es laut Bezirksregierung 813 Menschen. Der ASB, der für die Betreuung in der Unterkunft zuständig ist, gab bis zum Beginn des Ukraine-Kriegs an, dass die ZUE für maximal 500 Personen ausgelegt ist. Jetzt hat die Bezirksregierung daraus 900 Plätze gemacht. "Wir hatten im Vorfeld keine Informationen über die Neubelegungen", sagt Christina Weisner von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA). Sie arbeitet seit letztem November hier als Verfahrensberaterin.

Kurz zuvor hatte die GGUA in einem offenen Brief noch gemahnt, Geflüchtete aus allen Ländern gleichermaßen solidarisch und unterstützend aufzunehmen. In der ZUE Münster mussten sich inzwischen bis zu sechs Personen ein Zimmer teilen, manchmal sogar mehr. Korridore und Räume, die zuvor als Quarantäneort für Corona-Erkrankte genutzt wurden, wurden aufgelöst, schildert Weisner die Situation. Dreimal in der Woche komme eine Ärztin für vier Stunden.

Auf Anfrage von ZEIT ONLINE erklärt die Bezirksregierung Münster, das Personal sei in der ZUE aufgestockt worden. Christina Weisner sagt: "Ich habe nur mitbekommen, dass es hier jetzt mehr Securitys gibt." Mahmoud Nuri sagt, er müsse lange auf Arzttermine für seine Mutter warten und könne den in Ibbenbüren begonnenen Erstorientierungskurs nicht weiterführen, "alles voll". "Weder die Sanitätsstation noch Bezirksleitung oder wir sind, aus meiner Sicht, für diese Situation ausreichend personell ausgestattet", sagt Weisner.

Durch die Überbelegung verschärft sich für die Bewohnerinnen die psychische Belastung, das Stresslevel steigt. Alle hier warten auf die Bearbeitung ihrer Asylverfahren, teils mit ungewissem Ausgang, hinzu kommen strenge Hausregeln. Wenn er kann, lenkt sich Mahmoud Nuri davon mit Büchern von Philosophen wie Nietzsche und Abdolkarim Sorousch ab. "Bei ihnen geht es um große Lebensfragen, dann denke ich nicht mehr an meine Situation", sagt er.

Hätte das alles anders laufen können?

Ähnliche Fälle von "leergezogenen Einrichtungen" und überfüllten Wohnheimen gab es in den letzten Wochen auch in [Berlin](#) und [Sachsen](#). Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Mecklenburg-Vorpommern.

"Bei uns müssen Bewohner der Landeseinrichtungen nicht ausziehen, aber sie dürfen, wenn sie das wollen", sagt Ulrike Seemann-Katz, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates in Schwerin. Wenn Asylbewerberinnen eine Wohnung finden, einen Kita- oder Arbeitsplatz, dann ist es ihnen freigestellt, umzuziehen, auch wenn sie noch im Asylverfahren sind. Das führt zu einer Entspannung in den Landeseinrichtungen. So gibt es Platz für neue Asylbewerber und für die schnelle Unterbringung wurde auch in Rostock die Messehalle zur Notunterkunft umfunktioniert. Jedoch: In diesem Bundesland sind insgesamt nur etwa so viele Geflüchtete angekommen, wie allein im Bezirk Münster, 13.000.

Seemann-Katz hat aber auch den Eindruck, "dass in Mecklenburg-Vorpommern sowohl die Politik wie auch die Verwaltung sensibilisiert sind, was die Bevorzugung der Ukrainer angeht."

Anders erscheint die Lage in Bayern, wo die Landesintegrationsbeauftragte gerade angebliche Unterschiede zwischen Ukrainerinnen und anderen Geflüchteten betonte: Ukrainischen Geflüchteten müsse nicht erklärt werden, "dass auf dem Zimmerboden nicht gekocht werden darf."

?????

Jana Michael, die Landesintegrationsbeauftragte von Mecklenburg-Vorpommern, sagte dem NDR, sie versuchten, für alle Menschen, die nach Deutschland kommen, die gleichen Bedingungen zu stellen. "Für mich macht das keinen Unterschied, ob die Bomben im Jemen fallen oder in der Ukraine."

Jedes Wochenende wird eine Liste ausgehängt, mit Namen von den Leuten, die umziehen dürfen.

In Münster stellt sich die Frage, warum Geflüchtete aus der Ukraine überhaupt von den anderen separiert werden. Christina Weiser glaubt, weil die verwaltungstechnischen Abläufe bei den Gruppen andere sind. Heike Schrepf glaubt, dass man Spannungen unter den Geflüchteten vermeiden wollte, weil sie rechtlich nicht gleichbehandelt werden können. Die zuständige Bezirksregierung erklärt die getrennte Unterbringung mit einer "besseren Steuerung der Aufnahme-, Registrierungs- und Zuweisungsprozesse von Asylbewerber*innen, die unter § 24 AufenthG fallen." Was das bedeuten soll, verstehen in der ZUE Münster viele nicht.

Mitte März war die Einrichtung in Ibbenbüren mit ukrainischen Geflüchteten voll belegt, mittlerweile sind viele transferiert worden und nur noch 456 Menschen wohnen dort. "Ich verstehe, dass schnell Plätze geschaffen werden mussten. Aber die Situation in der ZUE Münster darf jetzt nicht zu einem Dauerzustand werden", sagt Christina Weisner. Alle Mitarbeitenden würden sich darum bemühen. "Die ZUE Münster ist aber nicht das Problem, sondern die grundlegende Struktur", sagt sie.

Wenn es schlecht für Familie Nuri läuft, muss sie bis zu 18 Monate in Sammelunterkünften des Landes bleiben — oder bis zu einem positiven Bescheid in ihrem Asylverfahren.

Mahmoud Nuri kann also nur hoffen. Er macht sich auf den Weg zurück vom Hafen in seine neue Unterkunft am Rand von Münster an einer vierspürigen Straße. Jedes

Wochenende wird dort eine Liste ausgehängt, mit Namen von den Leuten, die einen Transfer in die Kommunen bekommen. "Vielleicht stehen wir ja bald auch drauf", sagt er. Als er die Pforte erreicht, geht er an der Überwachungskamera, der rotweißen Schranke und dem Sicherheitspersonal vorbei.

Am Sonntag, 24. April 2022, 20:24:47 MESZ hat Hermann Doebber <hermann.doebber@soft-consult.de> Folgendes geschrieben:

>

> □□□□□□□□

> Demonstrationsaufruf

> □□□□□□□□

>

> Kein Mensch ist ilLEGAL

> Es geht doch: Rasche und menschliche Aufnahme für alle möglich machen.

> Festung Europa abschaffen!

>

> Aufruf zur Demo am 07.05.2022, 13:00 Uhr Windthorststr./Bahnhof

>

> Mit dem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine große und plötzliche Fluchtbewegung begonnen. Entgegen vielen Erwartungen, wurde so einiges getan, um Ukrainer:innen die Flucht zu ermöglichen und ihre Aufnahme in den Ankunftsändern der EU rasch zu gestalten.

> An den polnischen Grenzen werden die ankommenden Menschen mit warmen Essen und Unterkünften empfangen. Für die Weiterreise in Länder ihrer Wahl können Züge legal genutzt werden. Flüge wurden organisiert und in Deutschland können geflüchtete Ukrainer:innen ihren Wohnort frei wählen, bekommen einen sofortigen Zugang zu Sozialleistungen, Sprachkursen und zum Arbeitsmarkt. Ukrainer:innen dürfen direkt in Wohnungen statt in Erstaufnahmeeinrichtungen ziehen. Viele Ukrainer:innen werden in Privatwohnungen untergebracht.

> Wir unterstützen das unbürokratische, menschliche Handeln in dieser katastrophalen Situation uneingeschränkt!

> Um die zügige Integration von Kindern in Kitas und Schulen wird sich intensiv bemüht und selbst für die mitgebrachten Haustiere stehen Tierheime und Tierschutzorganisationen zur Verfügung. In der Kürze der Zeit fielen alle behördlichen Auflagen die eine Flucht normalerweise mit sich bringt.

> Das alles ist sehr gut! Wir möchten unsere Solidarität mit den Menschen auf der Flucht aus der Ukraine aussprechen – und hoffen, dass diese Aufnahmebereitschaft nicht nachlässt. Auch wissen wir, dass auch Ukrainer:innen mit großen Schwierigkeiten und Rassismus konfrontiert sind.

>

> In dem Umgang der europäischen Staaten mit Menschen auf der Flucht aus der Ukraine hat sich aber auch gezeigt: Auf der Flucht werden nicht alle Menschen gleich behandelt. Das bezieht sich zum einen auf die teils hässlichen, rassistischen Vorgänge auf den Fluchtrouten aus der Ukraine, wo manche Nichteuropäer:innen von Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe berichten.

> Zum anderen wird deutlich, dass die Tore der EU jetzt offen stehen, aber eben nur ausnahmsweise und selektiv.

> So sehen wir gleichzeitig an der belarussisch-polnischen Grenze weiterhin täglich Menschenrechtsverletzungen. Unbarmherzig werden Menschen mit Schlägen und Hunden an den Eintritt in die EU gehindert. Selbst das Sterbenlassen von Menschen wird sowohl hier als auch im Mittelmeer billigend in Kauf genommen.

> Helfer:innen, die an der ukrainisch-polnischen Grenze für ihre Hilfe als Helden gefeiert werden, werden an der belarussisch-polnischen Grenze an ihrer Arbeit gehindert und in einigen Fällen sogar mit Gefängnis bestraft. Flüchtlinge wurden an der polnischen Grenze im Winter mit Wasserwerfern empfangen.

> Als im letzten Sommer die Taliban erneut die Macht in Afghanistan an sich rissen, wurde nicht einmal die Flucht der Ortskräfte organisiert. Tatsächlich war die erste Sorge der europäischen Regierungen die, wie man einen „Flüchtlingsstrom“ verhindern könnte. Geflüchtete außerhalb des geografischen Europas dürfen sich ihre Wohnung nicht frei aussuchen. Sie müssen in erbärmliche Erstaufnahmeeinrichtungen ziehen, dürfen zunächst nicht arbeiten und müssen oft lange auf Sprach- und Integrationskurse warten. Das Asylverfahren ist langwierig und unberechenbar. Viele geflüchtete Menschen müssen mit der täglichen Angst vor Abschiebung leben.

>

> Wie wir am Beispiel der ukrainischen geflüchteten Menschen sehen, sind diese unmenschlichen Zumutungen von oft traumatisierten, verletzten Menschen nicht zwangsläufig, sondern politisch gewollt. Es zeigt sich: vieles kann gehen - vieles, dass in anderen Fällen als unmöglich oder unmachbar gilt oder aktiv verhindert wird.

> Gleichzeitig wissen wir: Selektion und Verdrängung haben System. Sie sind Teil der rassistischen Abschottungspolitik der EU, die alles darauf setzt, Menschen auf der Flucht nicht einmal nach Europa ankommen zu lassen und ihre Not unsichtbar zu machen.

>

> Deshalb kämpfen wir für:

> - Abschaffung des tödlichen Grenzregimes mit Frontex und Push-Backs

> - Aufnahme der Menschen an der belarussisch-polnischen Grenze in die EU

> - Zugang zu fairen Asylverfahren für alle geflüchteten Menschen

> - Abschaffung der Dublinverordnungen

> - Abschaffung der Zwangsunterbringung in Massenunterkünften

> - Freie Wahl des Aufnahmelandes und des Wohnortes

> - Freier Zugang zum Arbeitsmarkt in nicht prekären Jobs

> - Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für alle

> - Zügige Integration in Kitas und Schulen und Bereitstellung von entsprechenden Integrationshilfen.

>

> Am 07.05.2022 bringen wir unsere Forderungen für eine andere Flüchtlingspolitik, die für alle geflüchteten Menschen gilt lautstark auf die Straße.

>

> Für das Ende des Abschottungsregimes der EU.

>

> Solidarische Grüße

>

> Das Bündnis für Solidarität mit allen Geflüchteten

>

>

> Von meinem iPhone gesendet

Mitglieder mailing list -- mitglieder@gruene-haltern.de

To unsubscribe send an email to mitglieder-leave@gruene-haltern.de

--

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie in Google Groups E-Mails von der Gruppe "Forumdrv" abonniert haben.

Wenn Sie sich von dieser Gruppe abmelden und keine E-Mails mehr von dieser Gruppe erhalten möchten, senden Sie eine E-Mail an Forumdrv+unsubscribe@googlegroups.com.

Wenn Sie diese Diskussion im Web verfolgen möchten, rufen Sie

<https://groups.google.com/d/msgid/Forumdrv/003601d85a0a%24e25936e0%24a70ba4a0%24%40soft-consult.de> auf.